

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere



Sessionsvorschau

Herbstsession Nationalrat

Publikationsdatum: 01.09.2022



Inhaltsverzeichnis

Editorial		3
Ratsgeschäfte		4
22.022 — Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben. Bundesgesetz	Anpassung	4
21.3620 — Mehr Transparenz bei der Stromherkunft	Annahme	4
20.4235 — Finanzierung und Marktrisiken der Rückgewinnung von Phosphor	Annahme	4
20.4234 — Das Bauen ausserhalb der Bauzone darf nicht länger verteufelt werden!	Ablehnung	5
20.4210 — Mehr Sicherheit für Velofahrerinnen und Velofahrer	Ablehnung	5
17.400 — Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung	Anpassung	5
Impressum		7



Editorial

Transparenz bei der Stromherkunft und Rückgewinnung von Phosphor aus Abwasser – dies sind Themen in der kommenden Herbstsession, die für die urbane Schweiz von grosser Bedeutung sind. Gerne präsentieren wir Ihnen im Rahmen dieser Sessionsvorschau die Haltung des Schweizerischen Städteverbands zu ausgewählten Geschäften.

Der Städteverband befürwortet eine transparentere Stromkennzeichnung: Die Motion Müller verlangt, dass die Konsumentinnen und Konsumenten neu monatlich statt bisher jährlich über die Zusammensetzung des Stromverbrauchs informiert werden. Zudem fordern die Städte und Agglomerationsgemeinden den Bund auf, in einem Bericht darzulegen, wie viel die Pflicht zur Rückgewinnung von Phosphor aus Abwasser die Städte und Gemeinden kosten wird. Denn sie müssen entsprechende Investitionen tätigen und die zusätzlichen Betriebskosten tragen.

Zudem unterstützt der Städteverband die Schaffung von Rechtsgrundlagen im Bereich elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben, die Rechts- und Planungssicherheit bieten. Die Schweizer Städte lehnen hingegen eine generelle Helmpflicht für alle Velofahrer und Velofahrerinnen ab, weil mehr Sicherheit für sie vielmehr durch eine bessere Veloinfrastruktur erreicht werden kann.

Wir wünschen Ihnen eine gute Session und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse und eine gute Lektüre

Martin Flügel
Direktor



Der Städteverband – die Stimme der urbanen Schweiz

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und städtischen Gemeinden. Der **Schweizerische Städteverband** setzt sich für die Anliegen dieser urbanen Schweiz ein – um unser Land insgesamt voranzubringen.



Ratsgeschäfte

22.022 Geschäft des Bundesrates

Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben. Bundesgesetz

Montag, 12. September 2022

Nationalrat

Position: Der vermehrte Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben steht nicht nur beim Bund, sondern auch bei den Kantonen, Städten und Gemeinden im Zentrum der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung. Deren Ausgestaltung beeinflusst die Beziehungen und den Austausch mit der Bevölkerung. Die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Rechtsgrundlage ist nachvollziehbar. Der Städteverband begrüsst die diesbezüglichen Bestrebungen des Bundes grundsätzlich. Bezüglich der Bereitstellung bestimmter Basisdienste oder E-Services durch den Bund bieten sich für Städte und Gemeinden neue Möglichkeiten. Wie die Kosten dieser digitalen Dienstleistungen mit der kommunalen Ebene aufgeteilt werden, muss aber genügend konkretisiert werden.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage mit den aufgeführten Änderungen anzunehmen.

21.3620 Motion Müller (FDP-Liberale/LU)

Mehr Transparenz bei der Stromherkunft

Dienstag, 13. September 2022

Nationalrat

Position: Mit der Stromkennzeichnung werden alle Endkundinnen und Endkunden in der Schweiz einmal jährlich über die Zusammensetzung ihres Stromverbrauchs informiert. Die vorliegende Motion will den Bundesrat beauftragen, die rechtlichen Grundlagen so anzupassen, dass die Stromkennzeichnung eine zeitnahe Übereinstimmung von Stromproduktion und Stromverbrauch wiedergibt. Die heutige Übereinstimmungsperiode von einem Kalenderjahr soll auf ein Quartal oder Kalendermonat reduziert werden. Mit einer vierteljährlichen oder sogar monatlichen Stromkennzeichnung wird mehr Transparenz geschaffen und die Stromproduktion im Winter aufgewertet. Der Städteverband befürwortet deshalb die Motion Müller.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, den Vorstoss anzunehmen.



20.4235 Postulat Müller-Altarmatt (M-E/SO)

Finanzierung und Marktrisiken der Rückgewinnung von Phosphor

evtl. 21.09. - 26.09.

Nationalrat

Position: Ab 2026 wird die Rückgewinnung von Phosphor aus dem Abwasser Pflicht. Dies stellt Städte, Gemeinden und Zweckverbände vor hohe finanzielle Herausforderungen. Dazu kommt, dass derzeit noch kein etablierter Stand der Technik für Verfahren und Anlagen zum Phosphorrecycling vorhanden ist und die bald zu fällenden Investitionsentscheide dementsprechend risikoreich sind. Für den Bundesrat steht gemäss seiner Stellungnahme zum Postulat 20.4235 eine private Finanzierungslösung im Vordergrund. Der Städteverband fordert jedoch einen ergebnisoffenen Prozess unter Einbezug aller Akteure wie damals bei der Frage zur Finanzierung der Elimination der organischen Spurenstoffe. Er unterstützt dementsprechend das Postulat zur weiteren Klärung der Finanzierung und Marktrisiken in Ergänzung zum Projekt «SwissPhosphor» des Bundesamts für Umwelt BAFU.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, den Vorstoss anzunehmen.

20.4234 Motion Candinas (M-E/GR)

Das Bauen ausserhalb der Bauzone darf nicht länger verteufelt werden!

evtl. 21.09. - 26.09.

Nationalrat

Position: Mögliche Anpassungen des Raumplanungsgesetzes, insbesondere die Trennung zwischen Bau- und Nichtbaugebiet, sollten nach Ansicht des Städteverbandes im Rahmen der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG2) erfolgen. Diese Gesetzesrevision erlaubt es nämlich, auf solche delikaten Fragen angemessene und differenzierte Antworten zu finden. Deshalb lehnen die Städte und Agglomerationsgemeinden den vorliegenden Vorstoss ab.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, den Vorstoss abzulehnen.

20.4210 Motion Buffat (SVP/VD)

Mehr Sicherheit für Velofahrerinnen und Velofahrer

evtl. 21.09. - 26.09.

Nationalrat

Position: Der Städteverband lehnt eine Helmpflicht für alle Velofahrenden ab; das hat er bereits im Zuge der vom Bundesrat zur Diskussion gestellten Helmpflicht für langsame E-Bikes und für unter 16-jährige Velofahrerinnen und Velofahrer zum Ausdruck gebracht. Eine generelle Velohelmpflicht würde insbesondere den Veloverleihsystemen in den Städten massiv schaden. Müssten diese Velos oder ihre Stationen mit Helmen bzw. Helmdepots ausgestattet werden, hätte das beträchtliche Mehrkosten zur Folge. Und dass Benutzerinnen und Benutzer lediglich für jene Abschnitte, auf denen sie mit Leihvelos unterwegs sind, einen Helm mitführen, ist unwahrscheinlich. Dadurch würden diese Systeme grundsätzlich infrage gestellt. Mehr Sicherheit für die Velofahrerinnen und -fahrer kann vielmehr durch eine bessere Veloinfrastruktur erreicht werden.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, den Vorstoss abzulehnen.



17.400 Parlamentarische Initiative WAK-SR
Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung

Donnerstag, 29. September 2022 Nationalrat

Position: Der Städteverband begrüsst die ursprünglichen Anliegen der Parlamentarischen Initiative und ist der Auffassung, dass eine Reform bei der Wohneigentumsbesteuerung anzustreben ist. Aus Sicht der Städte ist zentral, dass die Abschaffung des Eigenmietwerts nicht zu einer Besserstellung von Wohneigentümer/innen gegenüber Mieter/innen führt, die gerade in Städten deutlich in der Mehrheit sind. Eine zentrale Bedingung ist deshalb bei einer Abschaffung des Eigenmietwerts eine konsequente Abschaffung der Abzüge auf Bundes- und Kantonsebene. Es ist ausserdem darauf zu achten, dass die Umsetzung für die öffentlichen Haushalte möglichst aufkommensneutral erfolgt, weshalb die Schuldzinsenabzüge auf 70 Prozent beschränkt werden sollen. Dadurch sind die finanziellen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte insgesamt positiver. Dies auch im Hinblick auf die finanzpolitischen Herausforderungen, welche in den nächsten Jahren auf Bundesebene aber auch auf Kantons- und Gemeindeebene anstehen.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage mit den aufgeführten Änderungen anzunehmen.

Impressum

Schweizerischer Städteverband SSV
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 356 32 32
info@staedteverband.ch
www.staedteverband.ch
twitter: [@staedteverband](https://twitter.com/staedteverband)
[LinkedIn](#)